

# Zwischen Angst und Hoffnung

Nach dem Erdbeben in Peru beginnen die Planungen für den Wiederaufbau

VON ANJA KORDIK

Peru - mehr als zehn Tage nach dem verheerenden Erdbeben vom 15. August: Nach wie vor kämpfen die Überlebenden der Katastrophe gegen Kälte und Hunger. Zehntausende sind obdachlos; die Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser ist noch immer unzureichend.

Hilfe kommt nicht nur von internationalen Organisationen, sondern auch aus den südamerikanischen Nachbarstaaten: Am Wochenende reiste Boliviens Staatspräsident Evo Morales in die Krisenregion Ica an der südperuanischen Küste - mit 19 Tonnen Lebensmitteln und Medikamenten im Gepäck. Die bolivianische Regierung hatte bereits einen Tag nach dem schweren Beben ein Militärflugzeug mit Hilfsgütern nach Peru geschickt. Der bolivianische Staatschef, sein Vizepräsident Alvaro Garcia und mehrere Minister spendeten selbst die Hälfte ihrer Monatsgehälter für die Erdbebenopfer.

## Zeichen der Solidarität unter südamerikanischen Nachbarn

Auch Kolumbien sandte Flugzeuge mit Hilfsgütern in das Erdbebengebiet - ein Zeichen der Solidarität unter Nachbarn. Noch vor Evo Morales war bereits Kolumbiens Staatsoberhaupt Alvaro Uribe in der am schwersten beschädigten Stadt Pisco. Der peruanische Präsident Alán Garcia, seit Ende Juli 2006 im Amt, empfing seinen kolumbianischen Amtskollegen - und musste anschließend Kritik für einen medienwirksamen Auftritt einstecken: Garcia führte nämlich seinen Gast ins Kirchenschiff von San Clemente in Pisco. Unter den Trümmern des eingestürzten Kirchendachs starben mehr als hundert Personen. Die Türme und Teile der Seitenwände stehen zwar noch - sind jedoch permanent einsturzgefährdet. Rettungsleute bezeichneten es als grob fahrlässig, dass zwei Staatspräsidenten durch die Trümmer wanderten. Von der Presse des Landes wird Garcia eine gezielte Inszenierung vorgeworfen, um aus der Katastrophe politisches Kapital schlagen zu können.

Zweifelloso besitzt Alán Garcia den Ehrgeiz, seine politische Reputation - 16 Jahre nach dem desaströsen Ende seiner ersten Präsidentschaft - nun in seiner zweiten Regierungszeit wieder herzustellen. 1990 hinterließ er dem Andenstaat wirtschaftliches Chaos und eine Hyperinflation. Aus der Rückschau betrachtet, hat Garcia seinem Nachfolger, dem totalitär regierenden Präsidenten Alberto Fujimori, praktisch den Weg zur Macht geebnet.

Umso mehr waren internationale Beobachter überrascht, dass die peruanischen Wähler im Sommer 2007 dem Polit-Veteranen Garcia eine zweite Chance gaben. Der gemäßigte Sozialdemokrat schaffte es, sich gegen seinen Mitbewerber, den Linksnationalisten und Chávez-Freund, Ollanta Humala, durchzusetzen. Vielen konservativen

Wählern erschien er offensichtlich als „Kandidat der Vernunft“.

Alán Garcia ist nun bestrebt, sich von den Schatten der Vergangenheit zu lösen. Er wurde für fünf Jahre gewählt - eine Wiederwahl ist von der Verfassung ausgeschlossen. Im Unterschied zu anderen südamerikanischen Staatschefs - siehe Hugo Chávez in Venezuela und Néstor Kirchner in Argentinien - zeigt Garcia keine Ambitionen, die verfassungsmäßige Beschränkung seiner Regierungszeit zu unterlaufen. Offenbar will er die Zeit bis 2011 nutzen, um seine politischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, will Tatkraft und Einsatzbereitschaft - auch in Extremsituationen - demonstrieren.

In den Tagen seit der Katastrophe zeigte er große Präsenz in der betroffenen Region: Er war praktisch permanent vor Ort und leitete persönlich das Krisenzentrum in Pisco, flog nur kurzzeitig in die Hauptstadt Lima, um Absprachen mit seinem Kabinett zu treffen. Garcia hat sich durchaus als engagierter „Krisen-Manager“ erwiesen - auch wenn es natürlich Stimmen gibt, welche die unzureichende Koordination der Hilfskräfte und die weiterhin schlechte Versorgungslage kritisieren.

Inzwischen haben die Aufräumarbeiten in den am schwersten beschädigten Städten Chincha, Ica und Pisco begonnen: Mit großen Schaufelbaggern werden die Trümmer beiseite geschafft. Allerdings verzögern sich diese Arbeiten teilweise, weil es zwischenzeitlich an Treibstoff fehlt.

## Wiederaufbaukosten durch Wirtschaftswachstum auffangen

Nach vorläufigen Schätzungen der Regierung wird der Wiederaufbau in Peru 220 Millionen Dollar kosten. Diese Kosten für den Bau neuer Häuser sowie für die Wiederherstellung der Stromversorgung

und der gesamten Infrastruktur sollen, so der peruanische Wirtschaftsminister Luis Carranza, durch das für 2007 erwartete Wirtschaftswachstum von 7,2 Prozent aufgefangen werden. Wirtschaftskreise in Peru gehen von anderen Zahlen aus: Die Handelskammer in Lima schätzt die Kosten für den Wiederaufbau auf fast 400 Millionen Dollar - ohne allerdings Berechnungsgrundlagen offenzulegen.

In den vergangenen Jahren konnte der Andenstaat einen beachtlichen Konjunkturaufschwung verzeichnen. Das Wirtschaftswachstum von über fünf Prozent in den Jahren 2005 und 2006 versprach eine erfreuliche Entwicklung auch in diesem Jahr.

Allerdings ist dieses Wachstum bisher nicht bei der breiten Bevölkerung angekommen. Das heißt: Die große Kluft zwischen Arm und Reich ist geblieben. So stellt der sozialistische Politiker Javier Diez Canseco, seit Jahrzehnten eine der wichtigsten Stimmen in der Opposition Perus, fest, das Erdbeben habe deutlich die sozialen Bruchlinien in der peruanischen Gesellschaft markiert. Denn Leidtragende seien vor allem die Armen, deren Lehmhäuser einfach zusammenfielen.

Möglicherweise löst die Katastrophe ja in Peru endlich eine soziale Diskussion aus. Vielleicht wird der Wiederaufbau sogar dazu genutzt, um die Wohnsituation breiterer Schichten zu verbessern. Zum Leiter des Wiederaufbauprogramms wurde allerdings ein profiliertes Unternehmen ernannt: Julio Favre, früherer Chef der größten peruanischen Handelsgesellschaft Confiep. Ob Favre in seiner neuen Funktion soziale Akzente setzen wird? Diese Frage ist für die Zukunft Perus wesentlich. Gegenwärtig leben die Menschen in der betroffenen Region in einem Zustand zwischen Angst vor weiteren Nachbeben und aufkeimender Hoffnung in den Wiederaufbau.